



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Frau Maida

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: Kerstin.Maida@stadt-koeln.de

Datum: 25.11.2020

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, 27.10.2020, 17:00 Uhr bis 19:15 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Herr Karl-Heinz Walter	SPD
Herr Bürgermeister Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Karin Reinhardt	CDU
Herr Peter Sörries	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Mario Michalak	GRÜNE
Herr Dr. Klaus Piehler	
Frau Nele Werrmann	AfD
Frau Lisa Hanna Gerlach	parteilos
Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	SPD
Frau Anke Brunn	SPD
Herr Jérôme Lenzen	SPD
Herr Manfred Post	SPD
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU
Frau Maria Spring	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Frau Ute Palm	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Verwaltung

Frau Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Udo Molitor	Dezernat Kunst und Kultur
Frau Barbara Foerster	Kulturamt
Herr Klaus Kröhne	Bühnen
Frau Dr. Birgit Meyer	Bühnen / Oper
Herr Stefan Bachmann	Bühnen / Schauspiel
Frau Fauke Kemmerling	Hänneschen Theater

Schriftführung

Frau Kerstin Maida	Dezernat Kunst und Kultur
--------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Herr Horst Thelen	GRÜNE

Beratende Mitglieder

Herr Thor-Geir Zimmermann	GUT Köln
Frau Hedwig Krüger-Israel	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU
Herr Sebastian Tautkus	DIE LINKE
Herr Dr. Alexander Kierdorf	für die Denkmalpflege sachverständiger Bürger
Herr Dr. Ulrich Krings	für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Herr Turan Özkücük	TSD
Herr Joachim Saurenbach	Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Uta Grimbach-Schmalfuß	Sozialverband Deutschland e.V. Bezirk Köln-Leverkusen-Rhein-Erftkreis
Herr Ahmet Altinova	auf Vorschlag des Integrationsrat

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Ausschussvorsitzende begrüßt alle Anwesenden und bittet die Beigeordnete um ihre Anmerkungen zur Tagesordnung.

Frau Laugwitz-Aulbach ergänzt die Tagesordnung um folgende Tischvorlagen:

- TOP 3.1.** Gemeinsamer Antrag der Fraktionen (SPD, CDU, Bündnis 90 / Die Grünen, Die Linke und FDP): „Kultur lebt in Köln: Vielfalt in Zeiten der Pandemie sichern – eine zentrale Aufgabe der Kulturstadt Köln“
- TOP 8.2.** Umsetzung des Dringlichkeitsantrags (AN 1133/2020) des Ausschusses für Kunst und Kultur am 25.08.2020 – Aussetzung der gegenüber den Künstler*innen des Ateliers „Quartier am Hafen“ ausgesprochenen Kündigungen

Der Ausschuss verständigt sich grundsätzlich **einstimmig** auf die folgende Tagesordnung.

Man einigt sich jedoch darauf, die Diskussion zum Dringlichkeitsantrag unter 3.1. in den TOP 2.1.- Schwerpunktthema nach den Berichten der Beigeordneten und Frau Foerster zu integrieren.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 2 Schwerpunktthemen**
- 2.1 Perspektiven der öffentlichen und freien Kulturszene angesichts der Corona-Pandemie in 2021 und Handlungsmöglichkeiten von Politik und Verwaltung.
- 2.1.1 Corona - Die aktuellen Entwicklungen - Bericht durch Frau Laugwitz-Aulbach
- 2.1.2 Mündlicher Bericht des Kulturamtes

Einschub:

Diskussion zu TOP 3.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen: Kultur lebt in Köln: Vielfalt in Zeiten der Pandemie sichern – eine zentrale Aufgabe der Kulturstadt Köln
AN/1250/2020

2.1.3 Mündlicher Bericht Bühnen

2.1.4 Mündlicher Bericht Gürzenich Orchester

2.1.5 Mündlicher Bericht Händeschen Theater

3 Schriftliche Anträge

3.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen: Kultur lebt in Köln: Vielfalt in Zeiten der Pandemie sichern – eine zentrale Aufgabe der Kulturstadt Köln
AN/1250/2020

4 Allgemeine Vorlagen

5 Sonderausstellungen

6 Annahme von Schenkungen

7 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Mittelabfluß "Notfallfonds zur Struktursicherung freier Kulturinstitutionen in Corona-bedingten Krisensituationen"
3069/2020

8.2 Umsetzung des Dringlichkeitsantrags AN 1133/2020 des Ausschusses für Kunst und Kultur am 25.08.2020
3093/2020

9 Kulturbauten

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

11 Schriftliche Anfragen

12 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Perspektiven der öffentlichen und freien Kulturszene angesichts der Corona-Pandemie in 2021 und Handlungsmöglichkeiten von Politik und Verwaltung.

2.1.1 Corona - Die aktuellen Entwicklungen - Bericht durch Frau Laugwitz-Aulbach

Frau Laugwitz-Aulbach gibt einen kurzen Überblick über die neuesten corona-bedingten Szenarien in Köln, die aktuellen Aktivitäten der Kulturverwaltung und auch zu Plänen für das kommende Jahr.

Zur allgemeinen Situation: Die Kulturszene hat sich in den ersten Wochen der Wiedereröffnung nach der Sommerpause sehr gut auf die Situation bzw. die schwierigen Herausforderungen eingestellt. Sowohl in den kommunalen Einrichtungen als auch bei der Freien Szene konnte man trotz der hohen Auflagen im Rahmen der Hygienekonzepte erkennen, dass vom Publikum wieder Vertrauen gefasst wurde. Explizit führt sie hierzu auch die Philharmonie an. Seit Anfang Oktober hat sich die Lage aber aufgrund steigender Corona-Fallzahlen wieder verschärft. Neue Vorgaben für die Platzkapazitäten wurden vom Land beschlossen – die sogenannte 20% Klausel. Diese hat verheerende Auswirkungen insbesondere für die kleinen Theater und Locations, für die sich ein Öffnen dann oft nicht lohnt und deren Existenz dadurch bedroht ist. Sie habe daraufhin umgehend an Frau Ministerin Pfeiffer-Poensgen schriftlich appelliert und gebeten, sie möge sich beim Gesundheitsministerium NRW dafür einsetzen, diesen Wert wieder zu korrigieren. Frau Foerster, Herr Englert und Herr Wasserbauer haben dieses Anliegen mitunterzeichnet. Die Forderung war dabei vor allem, diejenigen spielen zu lassen, die nach den geltenden Hygienevorgaben, die Freigabe der Gesundheitsämter bereits erhalten hatten. Die 20%-Regelung wurde dann auch wieder zurückgenommen. Allerdings war nun die Abstandsregelung von 1,5m nicht mehr durch die Nachverfolgbarkeitsregelung der Besucher zu kompensieren. Das Ergebnis war so für die kleinen Betriebe wieder ähnlich negativ und nicht lohnend. Man sei nun auf allen Ebenen dabei, mit Land und Städtetag, diese Hürden wieder zu verringern, da man sich fast nirgends so sicher fühlen kann wie im Theater, im Konzert oder bei einer Kulturveranstaltung. Alle sind sich einig, dass man unbedingt weiter spielen und auch unterstützen möchte. Die neuen Corona-Prognosen erschweren dies jedoch sehr. Frau Oberbürgermeisterin Reker hat bereits angewiesen, dass im Rathaus und in den städtischen Einrichtungen keine Veranstaltungen mit mehr als 10 Personen mehr stattfinden. Dies betrifft insbesondere Ausstellungseröffnungen in den Museen oder auch die Verleihung des Holger-Czukay-Preises am kommenden Wochenende. Die Veranstaltungen finden statt – jedoch ohne Publikum und werden online gestreamt. Eine geplante Pressemitteilung des Museumsdienstes zum Beispiel über diverse neue Angebote in den Museen für Schulklassen wurde vom Dezernat nicht veröffentlicht. Der Grat sei einfach zu schmal zwischen gezieltem Marketing, um Menschen wieder in die Museen zu bringen und steigenden Infektionszahlen.

Um die Freie Szene weiter bestmöglich zu unterstützen, habe sie sich mit Frau Foerster beraten und beschlossen, den Notfallfonds bis Ende des Jahres zu verlängern. Die weiteren Pläne bis ins Jahr 2021 hinein, unter anderem auch eine Ausschreibung für Raumangebote, wird Frau Foerster im Anschluss erläutern.

Mit den Intendanten der Bühnen habe sie sich ebenfalls verständigt und erörtert, welche Möglichkeiten es gibt, Räume zeitnah zur Verfügung zu stellen. Hierzu mehr von den Vertretern der Bühne.

Kulturmarketing: Die Ausrichtung werde auch hier aktuell angepasst. Herr Reichard ist hierzu mit der Szene in Kontakt und hat mit der Agentur neue Ideen erörtert. Eine ist zum Beispiel ein Plakat mit dem Titel „Kultur ist mit Sicherheit am Schönsten“ – das diese aktuell schwierige Situation begleiten soll.

Frau Laugwitz-Aulbach berichtet aber auch von der Situation der Verwaltung. Die kaskadierende Einsatzplanung wurde wieder aufgelegt. Die steigende Aufgabenlast im Gesundheitsamt verlangt dort auch nach mehr Einsatz von Führungskräften. Auch das Kulturdezernat und die nachgeordneten Bereiche bis hin zu den eigenbetrieblichen Einrichtungen müssen MitarbeiterInnen zur Verfügung stellen.

Die anstehende Debatte der Bundeskanzlerin mit den Länderchefs wird vermutlich eine weitere Verschärfung der Regeln nach sich ziehen. Frau Laugwitz-Aulbach hofft und appelliert, dass es nicht die Kultur trifft und verspricht Unterstützung wo möglich. Die Pandemieregeln gingen letztendlich aber natürlich vor.

Für weitere detaillierte Regelungen für die Freie Szene übergibt sie an Frau Foerster.

2.1.2 Mündlicher Bericht des Kulturamtes

Frau Foerster berichtet, dass auch für sie die Verschärfung der Regeln im Kulturbereich überraschend kamen, hatten sich doch Veranstalter und Besucher sehr sicher gefühlt.

Das Gesundheitsamt ist die erste Adresse, wenn es um Hygienekonzepte geht sowie die Auslegung der Coronaschutzverordnung. Das Kulturamt ist jedoch wichtiger Ansprechpartner und beratende Stelle – hier kommen die Kollegen aber an Grenzen.

Mit den Interessensvertretungen wurde in den letzten Wochen oft und intensiv gesprochen – das Kulturamt hat mittels eines detaillierten Fragenkatalogs um Rückmeldung gebeten. Was ist gut und was ist weniger gut gelaufen; wie zielführend waren die Maßnahmen. Sei es den Notfallfonds betreffend oder aber auch die Lockerungen bei den Förderbedingungen. Diese Rückmeldungen wurden reflektiert und helfen bei den Überlegungen für die Strategien für das Jahr 2021. Ein erster Entwurf wurde mit Frau Laugwitz-Aulbach abgestimmt und auch Frau Oberbürgermeisterin Reker präsentiert und von ihr für gut befunden. Sie möchte einige Beispiele anreißen – nicht zu detailliert, da noch einige andere Ämter involviert werden müssen.

Das Hauptziel des Kulturamtes ist es, diejenigen, die Förderanträge stellen - aber auch anderen Kulturvereinen und Kulturbetrieben - das Bespielen der Häuser und auch das Produzieren angenehmer zu gestalten und beratend zur Seite zu stehen. Der Notfallfonds ist, so wie er aufgesetzt wurde, gut angekommen. Das zeigen die positiven Rückmeldungen. Dennoch ist jetzt eine Umgestaltung notwendig. Man brauche einen Corona-Sonderfonds – es handele sich nicht mehr um eine akute Notlage. Vielmehr solle es ein Sonderfonds für die Struktursicherung werden für Kulturvereine und Kulturbetriebe. Die Kriterien werden eventuell nachgebessert, um die Bedarfe noch zielgenauer zu decken – die Grundstruktur soll jedoch bleiben. Für die

Empfänger von Betriebskostenzuschüssen, also die institutionell Geförderten, möchte man einzelfallbezogene Lösungen finden. Antragsteller müssen ihren Wirtschaftsplan vorlegen und belegen, inwiefern sie coronabedingte Mehrausgaben oder Einnahmeverluste haben bzw. kalkulieren. Diese individuellen Lösungen kann ein Notfallfonds nicht bieten. Man möchte die Einzelfallentscheidungen aber direkt Anfang des kommenden Jahres treffen können.

Bei der Projektförderung gab es Rückmeldungen, dass die Flexibilisierung der Bewilligungsaufgaben sehr gut angekommen ist – Mittel müssen beispielsweise nicht mehr 3 Monate nach der Bewilligung ausgegeben worden sein, sondern können auch innerhalb des Jahres verausgabt werden. Diese flexible Regelung soll auch im kommenden Jahr aufrechterhalten bleiben – das ist aber mit den zuständigen Ämtern abzusprechen.

Die aktuellen Corona-Auflagen werden bei einigen Ensembles und Produktionen zu Problemen mit Raumkapazitäten führen. Hierauf möchte man mit einer Ausschreibung für Spielstätten reagieren. Die Spielstätten können sich beim Kulturamt mit einem Zwischennutzungskonzept für Dritte Produzenten oder Künstler bewerben. Beispielsweise wenn ein Club selbst keine eigene Veranstaltung durchführen kann, man aber die Räumlichkeiten einem kleinen Theater zur Verfügung stellen möchte. Miete und zusätzliche Personalkosten können dann geltend gemacht werden. Möglichkeiten der Raumnutzung in städtischen Räumen bleiben davon unberührt. Dieses Modell kann einen Benefit für Spielstätten und Nutzer darstellen – Personal wie Techniker und Kulturakteure könnten so zum Beispiel weiterbeschäftigt werden.

Die angebotenen Optionen von Open-Air-Veranstaltungen im Sommer kamen ebenfalls gut an. Dies soll im kommenden Jahr auch angeboten werden und die Planung dafür geht das Kulturamt gemeinsam mit der Event-Stabstelle dann auch deutlich früher an.

Da sich die Beratungsleistung sehr kleinteilig, fachspezifisch und zeitintensiv gestaltet, insbesondere bei Hygienekonzepten und diese aber dauerhaft angeboten werden soll und auch notwendig ist, möchte man eine Kulturservicestelle Corona beim Kulturamt einrichten. Hier sollen nicht die Aufgaben des Gesundheitsamtes oder des Krisenstabs übernommen werden – die Stelle wäre Ansprech- und Koordinationspartner in Richtung anderer Ämter.

Die Ideenvorschläge werden mit den Interessensvertretungen rückgekoppelt und erreichen den Ausschuss dann schnellstmöglich als Beschlussvorlage, die die geplanten Maßnahmen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel und Ressourcen darstellt.

Gute Absprachen mit anderen Förderpartnern, dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft beim Land NRW, der Kunststiftung NRW sowie der Rheinenergie-Stiftung waren Frau Foerster stets sehr wichtig. Herr Dr. Reitemeyer vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft signalisiere hohe Kooperationsbereitschaft und den Willen zu engen Absprachen. Mit der Kunststiftung überlege man, gemeinsame ergänzende Angebote aufzusetzen. Mit der Rheinenergie-Stiftung erfolge sowieso ein stetiger Austausch – aber die Maßnahmen bezüglich Corona mit Ausblick auf das Jahr 2021 sind auch da besonders priorisiert.

Herr Professor Schäfer dankt für die Berichte und auch dafür, dass man bereits Formulierungen des Antrags unter TOP 3.1. aufgegriffen habe. Die Beantragung der Sondersitzung habe zwei Hintergründe. Zum einen habe man im Juni die Initiierung einer Veranstaltung beauftragt, bei der ein strategisches Konzept zum Umgang mit der Corona-Pandemie in die Zukunft hinein entwickelt werden sollte unter Beteiligung

von Freier und Öffentlicher Szene. Auch wenn der Dringlichkeitsantrag unter TOP 3.1. die Freie Szene im Fokus hat, so ist den Fraktionen auch an Informationen zu Bedingungen und Perspektiven der Öffentlichen Kultureinrichtungen gelegen. Verwaltung und Politik müssen gemeinsam mit den Trägern ein perspektivisches Szenario entwickeln, damit schnelle Reaktionen möglich sind.

Zum anderen sei immer noch unklar, wie die tatsächlichen Förderperspektiven für Kulturschaffende, Solokünstler und für die Kultureinrichtungen sind.

Er zitiert aus einer Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom Sommer dieses Jahres:

„Im Fokus der Kommune muss aus Sicht der Verwaltung stehen, Voraussetzungen zu schaffen, dass Kulturbetriebe und Kulturvereine weiterhin Auftraggeber und Arbeitgeber von Kunstschaffenden als Grundlage für deren Lebensperspektive sind.“

Das sei so auch richtig. Allerdings sei die Lage aktuell so, dass heute und in naher Zukunft die Einrichtungen immer weniger solcher Aufträge vergeben können, weil sie keine oder nur sehr reduzierte Veranstaltungen durchführen dürfen. Was bedeute die zitierte Antwort der Verwaltung für die Verantwortung der Stadt in Bezug auf die Sicherung der Existenz von KünstlerInnen?

Die einberufene Sondersitzung sei Ausdruck dessen, dass man gemeinsam versuchen müsse, mit den Trägern, Einrichtungen und KünstlerInnen verbindliche, perspektivische Handlungsinstrumente zu entwickeln.

Der Notfallfonds ist ein wichtiges Instrument. Jedoch zweifle er, ob man mit der Größenordnung des Fonds über die Dauer der Pandemie auskommen wird. Außerdem sei in diesen Fonds kein neues Geld geflossen. Insofern müsse man überlegen, welche finanziellen Anstrengungen die Stadt weiterhin zur Sicherung des Kulturlebens unternehmen kann. Auch müsse man beobachten, wie durchschlagkräftig die Bemühungen der Stadt sind, Bund und Land zu einer Harmonisierung der Förderung zu führen.

Einschub:

Diskussion zu TOP 3.1. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen: Kultur lebt in Köln: Vielfalt in Zeiten der Pandemie sichern – eine zentrale Aufgabe der Kulturstadt Köln
AN/1250/2020

Frau von Bülow: Der Antrag sei gerade in der jetzigen Situation wichtig, um festzuhalten, man wolle Kultur sichern. Auch wenn es kurzfristig Maßnahmen geben sollte, die den Kulturbetrieb noch weiter einschränken, sollten zum Zeitpunkt des Wiederhochfahrens bereits Kriterien und Maßstäbe entwickelt sein. Es ist ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen sowohl für die Sondersitzung an sich gewesen – auch den Dringlichkeitsantrag haben alle Fraktionen gemeinsam entwickelt. Anliegen ist es, gemeinsam konstruktiv Konzepte zu entwickeln, wie die Stadt Köln die Kultur auch in Pandemiezeiten nachhaltig sichern kann - auch hinsichtlich Strukturen und finanzieller Mittel. Der Antrag ist sehr detailliert und sei damit fast schon ein Konzept. Und soll insbesondere durch die Einigkeit der Fraktionen in der Sache diesen Wunsch und Willen auch gegenüber beispielsweise Kämmerei und Öffentlichkeit unterstreichen. Die Kultur ist ein immer wichtiger werdendes Element in Köln, dass es gilt zu erhalten.

Einige Punkte des Antrags beziehen sich auf den Notfallfonds, der noch einmal nachgeschärft bzw. in den Kriterien erweitert werden sollte. Ein weiteres Thema ist die Raumfrage – zu Punkt 5 des Antrags möchte Frau von Bülow ergänzen, dass dies gemeinsam mit der Freien Szene entwickelt werden sollte.

Es sei ein Gesamtkonzept entstanden, das, falls es so umgesetzt werden kann, tragfähig sei. Als besonders wichtig hebt sie noch Punkt 8 hervor, der die Einrichtung einer Informations- und Beratungsstelle fordert.

Herr Dr. Elster schließt sich seiner Vorrednerin an und sieht das Einberufen der Sondersitzung kurz vor Ablauf der Wahlperiode als Zeichen und Signal in Richtung institutioneller und freier Kulturszene. Dass man als Stadtrat zur Kultur stehe und alles versuchen werde, die Auswirkungen der Krise so gering wie möglich zu halten. Der Notfallfonds müsse nachgeschärft werden und darüber hinaus müssen weitere Gelder zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig sollte man schauen, was Land und Bund leisten können – die Stadt Köln könne die Auswirkungen nicht allein tragen. Es ginge aber nicht allein um finanzielle Hilfen – KünstlerInnen brauchen auch Möglichkeiten, zu üben, zusammen zu spielen, Kultur zu schaffen und auftreten zu können. Dafür braucht es Räume und die Notwendigkeit, das Thema noch unkonventioneller anzugehen als bislang. Der Antrag biete Lösungsansätze – man müsse nun prüfen, was geht. Die Politik nutzt für Veranstaltungen beispielsweise Veranstaltungsräume auf dem Gelände der Rennbahn, der Messe oder im Gürzenich. Das wäre sehr teuer, aber man müsse überlegen, das auch der Kulturszene zu ermöglichen, wenngleich es unwirtschaftlich sei. Es ginge aber darum, Kultur überhaupt zu ermöglichen. Onlinevermarktung und -verbreitung von Kulturangeboten müsse man zusätzlich überdenken. 300 Menschen in einem Stadion oder der Lanxessarena seien zu wenig – das Angebot muss online erweitert werden. Er hofft, dass die Maßnahmen so wirksam sein werden, dass man in absehbarer Zukunft wieder kulturelle Normalität habe.

Frau Stahlhofen bedankt sich bei allen, die diesen Antrag so konstruktiv mit aufgesetzt haben. Er schaffe durch die Beschlussfassung eine Verbindlichkeit in die richtige Richtung – für die Freie und auch für die Institutionelle Szene. Man müsse alle KünstlerInnen berücksichtigen.

Herr Deutsch unterstreicht ebenfalls das positive Signal, dass man durch diesen gemeinsam entwickelten Antrag aussendet. Man wolle der Szene versichern, dass man die Not wahrnimmt. Nun gelte es zu prüfen, was möglich ist. Da die Verzahnung mit Land und Bund bereits mehrfach angesprochen wurde, appelliert er an die Stadt, sich auf das zu konzentrieren, was sie leisten kann. Eine Kompensation von Einkommensverlusten wird einen städtischen Haushalt überfordern. Er verweist auf das Stipendienprogramm des Landes über 105 Millionen Euro – von dem insbesondere viele Kölner Antragsteller bereits profitieren. Anders sehe es bei den institutionellen Strukturen aus. Hier sind von Land und Bund Mittel bereitgestellt worden – hier sei gute Verzahnung nötig. Die Stadt muss dabei ihre richtige Positionierung finden, um mit den möglichen städtischen Mitteln tatsächlich etwas bewirken zu können. Punkt 7 des Antrags bittet er kritisch zu prüfen, dieser ginge in seinen Forderungen sehr weit. Dieser müsse gegebenenfalls noch einmal nachgeschärft, konkretisiert und präzisiert werden. Seine Anmerkungen sollen die Gesamtwirkung des Antrags nicht schmälern – die Stadt Köln solle die Kölner Kulturszene mit fürsorglichen Blick betrachten und so gut es geht sichern.

Frau Gerlach hat den Eindruck, man spreche nur über die etablierte Kultur und vergesse die Popkultur. Das Hauptziel des Kulturamtes könne nicht sein, das Bestehen der etablierten Häuser zu sichern. Es gebe auch Kulturkonzepte, die nicht als Kulturbetrieb oder Verein geführt werden, sondern die mit Gastronomie kombiniert sind, um

sich selbst zu tragen. Feiern würden aktuell ins private verlagert, die Gastronomie überkontrolliert. Die aktuell verfügte Sperrstunde sei ein Lockdown durch die Hintertür. Notwendige Anforderungen zum sicheren Bespielen von Räumen sollten früher und besser kommuniziert werden. Sie möchte erinnern, dass die Popmusik bei allen Hilfen nicht vergessen wird. Die Überbrückungshilfen würden dort zum Teil nicht oder nicht ausreichend ankommen.

Herr Professor Bögner möchte das Thema Kommunikation – sowohl nach innen als auch nach außen – ansprechen. Das aktuell größte Problem sei, dass sich aktuell sehr oft die Vorschriften ändern. Die Kommunikation der neuen Regeln sei oft nicht eindeutig – Beratung und „Übersetzung“ seien wichtig, um für Klarheit zu sorgen. Bei den aktuell schnell wechselnden Vorschriften, kommt es vor, dass Häuser zu viel Tickets verkauft haben und Besuchswillige nach Hause schicken müssen. Dies führe zu einer großen Verunsicherung beim Publikum und in Folge dessen zu weniger Nachfrage. Die Häuser bräuchten Planungssicherheit. Die Szene sei bereit mitzuwirken bei der Eindämmung der Pandemie. Die aktuellen Umstände seien aber schwierig zu handhaben. Er appelliert für eine klare Kommunikation, was im Kulturbereich möglich sei. Und mit einer Ansprache ans Publikum, dass mögliche Angebot auch zu nutzen und damit die Kulturszene somit auch von dieser Seite aus zu unterstützen. Im Auftrag von Herrn Knieps übermittelt er die Bitte der beiden großen Besucherorganisationen Kölns an den Kulturausschuss, als Vermittler zu fungieren. Und er übermittelt ein Anliegen aus seinem privaten Umfeld: In der Oper könne man direkt neben seinem Partner aus dem gleichen Haushalt sitzen. In der Philharmonie sei dies nicht möglich und man müsse den Abend auf Distanz verbringen. Das sei nicht zu vermitteln.

Frau von Bülow zum Einwand von Frau Gerlach: Der Antrag beziehe sich gerade darauf, die Freie Szene zu stützen. Der Antrag bündele bereits vorher gestellte Anfragen und Anträge. Insbesondere die Möglichkeiten der Nutzung von Räumen der Bühnen durch die Freie Szene möchte sie aber noch ergänzen. Sie sieht die Schwierigkeiten, wenn es zum Beispiel darum geht, die Messe für Kulturveranstaltungen zu nutzen. Aber man müsse alles versuchen und denken.

Bei den Soloselbständigen ist sie der Meinung, dass die von Land und Bund zur Verfügung gestellten Mittel bzw. die abgedeckten Fälle nicht ausreichen. Es fielen viele durchs Raster. Daher sind sie im Antrag explizit aufgeführt. Vorrangig sollten dennoch Bund und Land leisten.

Frau Reinhardt ergänzt zu den Problemen der Besucherorganisationen: Auch deren Mitarbeiter sind betroffen und sollten nach Möglichkeit ebenfalls Hilfen aus dem Notfallfonds bekommen können. Bezüglich des Raumproblems der Freien Szene regt Frau Reinhardt an, die Nutzung von Schulaulen in Betracht zu ziehen.

Herr Professor Schäfer unterstreicht den Antrag als gemeinsames offensives Anliegen, wo es nicht darum ginge, aufzuzeigen, was Politik oder Verwaltung falsch oder richtig machen. Die Außenwirkung mancher Ideen und Maßnahmen sei nicht sichtbar genug. Er verstehe die Problemlösung nicht als alleinige Aufgabe der Verwaltung. Sondern es brauche die offene Debatte über die notwendigen Schritte. Es sind weitere Einschränkungen des kulturellen Betriebs zu befürchten. Aber es brauche eine Perspektive für die nächste Zeit. Und die Ideen und Maßnahmen der Verwaltung müssten dann vermittelt werden – ebenso die Einschätzung und Interpretation der Möglichkeiten.

Andere Städte kündigen für das kommende Jahr Budgetkürzungen für den Bereich Kultur an – das müsse in Köln verhindert werden. Auch vor diesem Hintergrund bittet er um sorgfältige Prüfung des Antrags. Dieser enthalte neben Forderungen diverse Prüfanträge – und man sei sich bewusst, dass die Forderungen nicht ad hoc umsetz-

bar sind. Aber der Antrag sei auch als Unterstützung bei den weiteren Bemühungen zu sehen. Analog zum Krisenstab der Stadt, bräuchte man einen Krisenstab für die Kultur. Der kontinuierlich zusammenkommt und systematisch arbeitet. Politik, Verwaltung, Künstler und Institutionen müssen an einem Strang ziehen.

Herr Michalak pflichtet Herrn Professor Schäfer bei und betont die Dringlichkeit, mit der Kulturpolitik und Kulturverwaltung ein Signal in die Stadtgesellschaft aussenden müssen. Man müsse viel offensiver als bisher aufzeigen, was nötig ist, um die Kultur in dieser Stadt zu retten. Diese sei nicht nur wichtig für die kulturelle Seele der Stadt sondern auch wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Frau Laugwitz-Aulbach: Dieser Antrag stärke alle Beteiligten, die Verwaltung werde ihn als Auftrag Punkt für Punkt überprüfen. Man kämpfe mit viel Engagement für dasselbe Ziel. Sie sehe den Auftrag als Ermutigung zur Umsetzung von Maßnahmen. Dafür seien Mehrheiten nötig und sie ist froh, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker der ersten Ideenskizzen für die Maßnahmenplanung 2021 positiv gegenüber stehe. Die entsprechenden Vorlagen sind in Vorbereitung – diese betreffen Personal aber auch Finanzen. Der aktuelle Notfallfonds sei für dieses Jahr noch ausreichend. Man überlege, ob man einen Eigenbeitrag aus Kulturmitteln ins Jahr 2021 für einen neuen Fonds übertagen kann. Dies kann jedoch nicht reichen – es ist Aufstockung nötig. Und hierfür wirbt sie auch um die weitere Unterstützung des Ausschusses. Vielen Äußerungen ihrer Vorredner kann sie zustimmen. Frau Gerlach möchte sie jedoch antworten: Die Popkultur werde ganz und gar nicht vergessen. Es gibt ein eigenes Referat für diese Sparte. Der Holger-Czukay-Preis für Popmusik wird dieser Tage von Frau Oberbürgermeisterin Reker verliehen und Dezernat VI hat einen zweiten Fördertopf mit 600.000 € aufgelegt, um speziell Clubs zu unterstützen. Andere Themen, die Frau Gerlach angesprochen hat sind ebenfalls im Fokus und werden aufgegriffen.

Auch Frau Laugwitz-Aulbach betont, wie wichtig gemeinsames Auftreten ist. Die Vertreter der Bühnen werden zur aktuellen Sachlage noch berichten. Besonders betroffen sind auch die Puppenspiele – Frau Kemmerling wird ebenfalls berichten. Dort hatte man ein tolles neues Abendstück entwickelt. Im Rahmen der Regel-Verschärfungen musste dieses komplett abgesagt werden.

Sie dankt noch einmal explizit für den Antrag. Man werde sich dezidiert mit ihm auseinandersetzen und umsetzen, was möglich ist. Die Veranstaltung vom 04.09.2020 im MAKK wird wiederholt werden – mit anderer Teilnehmerstruktur. Die gemeinsame Diskussion und Entwicklung von Lösungsansätzen sei ihr sehr wichtig. Gemeinsam mit Frau Foerster sieht sie sich als Krisenstab der Kultur – der sich aber in die Gegebenheiten des Verwaltungsapparates Stadt Köln eingliedern muss.

Herr Professor Schäfer richtet an Frau Laugwitz-Aulbach die Bitte, den Antrag so zu nutzen, dass es eine systematische Berichterstattung dazu gibt. Das würde dem neu zusammengesetzten Kulturausschuss bei der Nachvollziehbarkeit helfen. Die Informationen zum Sachstand sollten möglichst regelmäßig und unbürokratisch auch außerhalb vom Sitzungsturnus übermittelt werden.

Frau Laugwitz-Aulbach sagt dies zu.

2.1.3 Mündlicher Bericht Bühnen

Herr Kröhne, in Vertretung für Herrn Wasserbauer, führt in die Berichte ein. Die Bühnen sind mit rund 800 Mitarbeitenden ein recht großer Betrieb, der sich drei große Ziele gesteckt hat. Gesund bleiben – sichtbar bleiben – wirtschaftlich bleiben. „Gesund bleiben“ gilt dabei für Publikum, Mitarbeitende und für die internationalen Gäste gleichermaßen. Letztere können mit Auflagen weiterhin einreisen. Es wurden ausgefeilte Hygienekonzepte entwickelt, die unter den aktuellen Entwicklungen stetig nachgeschärft werden müssen. Man stehe im engen Austausch mit dem Gesundheitsamt. Die Anmerkung von Professor Bögner aufgreifend, berichtet Herr Kröhne, dass man sich der Notwendigkeit einer guten Kommunikation bewusst ist, intern wie auch ans Publikum gerichtet. Die Sommerpause habe man gut nutzen können, um die Abläufe im Rahmen der Hygienekonzepte zu üben. So war man bei Saisonstart gut vorbereitet. Man bereite aktuell die Kooperation mit der Wolkenburg vor. Dem Antrag entnimmt er: Nichtspielen ist keine Option! Das sehe man auch so und man setzt alles daran, spielen zu können und dem Kulturauftrag nachzukommen. „Wirtschaftlich bleiben“ sei bei 250 Zuschauern sehr schwierig. Mithilfe des Kurzarbeitergeldes lassen sich Teile der Einnahmeverluste ausgleichen. Andererseits ist die Umsetzung der Maßnahmen wiederum ein Kostenfaktor und auch die notwendigen Coronatests sind kostenintensiv.

Der für 2021 beschlossene Wirtschaftsplan muss nachkorrigiert werden – Die absehbaren Abweichungen überschreiten die in der Betriebssatzung vorgesehenen Grenzen für Änderungen und müssen daher nachbeschlossen werden.

Frau Dr. Meyer: Die Oper ist von den coronabedingten Anforderungen ebenso betroffen. Die Bedingungen im Staatenhaus sind jedoch recht günstig: Es ist groß, weitläufig und ohne Schleusen. Es gibt keine Klimaanlage – über eine spezielle schon vor Jahren eingebaute Anlage wird permanent Frischluft zugeführt. Die CO₂-Konzentration kann kontrolliert werden und diese sei auch bei vollem Haus immer deutlich unter den Grenzwerten. Ein niedriger CO₂-Wert ist ein Indiz für eine niedrige Aerosolkonzentration. Bei der Oper - Personal und Mitwirkenden - gab es bislang keinen Fall von Corona – es wird gezielt vereinzelt getestet. Ein regelmäßiges Testen aller Beteiligten ist aus Kostengründen nicht möglich. Daher wird mit Masken geprobt und die Abstände werden sorgfältig eingehalten. Für das Stück „Die Zauberflöte“ habe man einmal einen Status Quo erhoben und alle getestet – es waren alle negativ. Alle anreisenden Gäste müssen einen negativen Test vorlegen, bevor sie zum Ensemble stoßen können. Bis Januar möchte man jetzt die Stücke spielen, die man produziert hatte, das Bühnenbild bereits gebaut ist und die Kostüme und Masken vorhanden sind. Damit diese Investitionen nicht verloren gehen. Dazu gehören neue Stücke, die mit den nötigen Abständen auf die Bühne gebracht werden können. Frau Dr. Meyer freut sich sehr, dass die Nachfrage sehr groß ist. Leider können durch die neue 1,50m Abstandsregel keine 250 Personen mehr platziert werden. Die Umplanung hat 4 Stunden Arbeit bedeutet, um zusammengehörende Haushalte auch zusammen setzen zu können. Karten wurden ungedruckt - ein enormer Aufwand. Aber es ziehen alle an einem Strang – und das Publikum dankt es mit Beifall, bewegenden Briefen und persönlicher Ansprache.

Auch Frau Dr. Meyer sieht den Antrag als Unterstützung ihrer Arbeit. Bei der Oper kämpfe man ebenso mit unklarer, nicht eindeutiger Informationslage hinsichtlich zulässiger Auslastung – bezogen auf Prozent-Kapazitäten oder aber Abstände. Beispielsweise war unklar, ob 250 Zuschauer zulässig sind oder ob die Akteure mit eingerechnet werden müssen.

Die Nachfrage ist groß – wenn man so weiterspielen kann, wie bislang, wird man mit der Zauberflöte dennoch nur knapp 5.000 Zuschauer erreichen. Zum Vergleich – Carmen haben im letzten Jahr über 16.000 Zuschauer gesehen. Die Proben für die nächsten Stücke haben begonnen – aber die weiteren Entwicklungen und Entscheidungen bezogen auf die Pandemie bleiben abzuwarten. Frau Dr. Meyer ist froh, dass sie ein so großes Ensemble am Haus hat, so dass man bis auf wenige Ausnahmen ohne Gäste und damit unabhängig spielen könne.

Hinsichtlich der Raumdiskussion erwähnt sie, dass die Wolkenburg vom 05.01.2021 bis 16.02.2021 im Staatenhaus mit 39 Vorstellungen zu Gast sein wird. Die Zusammenarbeit gestalte sich sehr erfreulich. Es soll eine gemeinsame Pressekonferenz in der Wolkenburg geben, um die Produktion zu präsentieren. Anfang der nächsten Spielzeit im September 2021 wird man gemeinsam mit dem Kulturamt ein Tanzprojekt haben. Die Ausschreibung hat stattgefunden, ein Gewinner wurde ausgewählt und diese Gewinnercompany wird an der Oper ein Stück produzieren. Bühnenbild und Kostüme werden von der Oper beigesteuert. Nach den Aufführungen können diese auch behalten und mit auf Reisen genommen werden.

Man hat überlegt, was man der Freien Szene anbieten kann. Einmal pro Woche oder zwischendurch ist von den Abläufen her nicht möglich. Für das kommende Jahr war aber ein Stück angedacht, dass sich für Aufführungen unter Corona-Bedingungen nicht eignet. Für diese vier Wochen möchte sie daher als Zeichen der Solidarität einen Saal der Freien Szene zur Verfügung stellen, der dann unter professionellen Bedingungen, ggfls. auch mit dem Personal der Oper genutzt werden kann. Details könne man gern in den nächsten Wochen besprechen – beispielsweise welche Theater das gern nutzen würden. Die Oper würde dann zwar wiederum Einnahmen verlieren – diese sind bei der geringen möglichen Auslastung jedoch überschaubar.

Frau Dr. Meyer bedankt sich für das Vertrauen und die Unterstützung des Ausschusses. Sie selbst habe in den letzten Monaten Vertrauen in die getroffenen Maßnahmen gewonnen, das ihr Sicherheit gebe – im Gegensatz zur großen Verunsicherung im Frühjahr. Dieses positive Gefühl spüre sie am ganzen Haus.

Herr Bachmann bedankt sich für den Antrag der Fraktionen des Ausschusses. Dies sei ein wichtiger Beitrag zur Unterstützung der Theater, Bühnen und generell der Kultur in diese Stadt. Auch er beschreibe die aktuelle Aufgabe, ein Theater unter diesen Umständen zu leiten, als sehr komplex. Er wünschte, er könnte vorab auf die Erlasse und Maßnahmen durch Absprachen und Einwürfe Einfluss nehmen, damit die spezifischen Gegebenheiten Berücksichtigung finden. Die Pauschalerlasse rufen viel vermeidbare Extraarbeit auf. Er sei froh, seit Anfang der neuen Spielzeit einen defensiven Kurs mit einem schon weiterreichenden Hygienekonzept als nötig gewählt zu haben. Dies habe ein großes Vertrauen beim Publikum geschaffen und man habe bei der letzten Verschärfung der Vorgaben nicht viel nachjustieren müssen. Aktuell können im Depot 1 maximal 150 Zuschauer eingelassen werden. Die Inszenierungsarbeit gestalte sich komplett anders. Dennoch gelinge es gut, Abstands- und Hygieneregeln einzuhalten. Beim Schauspiel hat es Fälle von Corona gegeben – allerdings nicht im Kern-Ensemble. Aber es gab keine Ansteckungsketten. Die Maßnahmen waren wirksam. Alle geplanten Premieren haben bislang stattgefunden, es gab keine Vorstellungsausfälle. Innerhalb von sechs Wochen wurden acht Premieren aufgeführt – vier davon auf der großen Bühne. Dieses wirklich große Angebot wurde regional und auch überregional sehr positiv aufgenommen. Herr Bachmann bedauert es, dass die Anzahl der Personen, die die Stücke sehen können, so beschränkt ist. Man sei immer ausverkauft – scheinbar leere Plätze waren verkauft und die Zuschauer haben sich

gegen ein Kommen entschieden. Die Produktionen seien von hoher Qualität. Und bedeuten doch unter den aktuellen Umständen harte Arbeit, insbesondere für die Techniker, die ebenfalls mit Mundschutz arbeiten müssen. Herr Bachmann hofft, dass man weiterhin sichtbar bleiben kann. Man agiere sehr verantwortungsvoll, damit sich niemand bei einem Theaterbesuch anstecken könne. Nachfrage und Dankbarkeit des Publikums bestärken die Wichtigkeit des Angebots.

Auch er äußert sich zu den Raumkapazitäten. Bei den Bühnen gäbe aber weniger Möglichkeiten. Die Techniker sind in Kurzarbeit, was bereits die Probemöglichkeiten verkürzt. Die verringerten Kapazitätsmöglichkeiten führen zu einer höheren Aufführungsfrequenz und zu keinerlei Leerstand. Die Anzahl der Vorstellung sei noch immer zu gering – gemessen an Nachfrage und Sinnhaftigkeit für die Präsentation der Stücke. Er achte vielmehr auch darauf, insbesondere freie Schauspieler als Ensembleergänzung zu engagieren, um diese so zu unterstützen. Er dankt für den Impuls des Antrags, um weiter darüber nachzudenken und es im Haus zu diskutieren.

Herr Professor Schäfer möchte klarstellen, dass die Forderung nicht sei, Staatenshaus und Depot für die Freie Szene frei zu machen und dadurch auf eigene Aufführungsoptionen zu verzichten. Der Auftrag sei, zu schauen, und zu prüfen was möglich ist – eventuell auch als Runder Tisch mit der Freien Szene. Er fragt, ob nicht die Hallen Kalk ein möglicher Spielort für die Freie Szene sein können.

Er möchte weiterhin wissen, warum in der Kinderoper die Kapazitäten trotz des sehr großen Raumes so begrenzt sind.

Herr Bachmann: Für die Hallen Kalk gibt es keine Spielerlaubnis. Diese zu erlangen, wäre sehr teuer. Als Probebühne wird der Ort jedoch genutzt.

Frau Dr. Meyer: Im Saal der Kinderoper gibt es keine Sprinkleranlage. Die Nachrüstung wäre zu teuer gewesen – daher gibt es jetzt sehr große Fluchtwege.

Herr Michalak regt an, bei besserem Wetter auch an Draussen-Spielstätten vor dem Depot zu denken. Und die Freie Szene dann so zu unterstützen, dass die Garderoben mitgenutzt werden könnten. Auch Oper und Schauspiel könnten draußen stattfinden.

2.1.4 Mündlicher Bericht Gürzenich Orchester

Herr Englert berichtet, dass auch er und sein Haus sehr froh waren, zu Saisonbeginn zu einem Regelbetrieb zurückzukehren – wenn auch zu Corona-Bedingungen. Dies war für die Identität als Orchester sehr wichtig. Dynamisch habe man neue Projekte umgesetzt. Im Oktober habe man die Kurzarbeit beendet. Die Herausforderung bestand darin, das Publikum, die 5.000 Abonnenten, mit Musik zu versorgen. Diese konnten nicht alle berücksichtigt werden – zu Saisonstart waren ca. 920 Zuschauer möglich, man konnte ca. 4.000 Abos weiter bedienen. Die Resonanz des Publikums war sehr positiv. Der Drang nach Kultur, nach Musik war enorm – für das Orchester war dies großer Ansporn. Man habe den digitalen Bereich weiter entwickelt. So habe man eine Förderung beantragt für den Aufbau einer Virtual-Reality-Plattform. Mittels dieser soll Musik auf ganz neue moderne Weise präsentiert werden. Insbesondere für Kinder habe man digitale Formate entwickelt - das Schulprogramm konnte am Ende der letzten Spielzeit nicht mehr umgesetzt werden. Das Format GO.Live versucht, das Angebot des Gürzenich-Orchesters in den Musikunterricht zu streamen. Man ist sich bewusst, dass die digitalen Lösungen kein Ersatz sind für ein Konzerterlebnis.

Die Verschärfung der Corona-Maßnahmen habe das Orchester vor große Probleme gestellt. Rund 2.000 Personen mussten „ausgeladen“ werden. Es konnten nur noch

250 Zuschauer für eine Vorstellung zugelassen werden. Man habe die Frequenz der Aufführungen erhöht – könne dennoch nur einen Bruchteil der Zuhörer erreichen, weniger Einnahmen werden generiert. Durch diese Änderungen ist die Frustration beim Publikum sehr groß. Der administrative und kommunikative Aufwand für die Um- und Ausbuchung von Zuschauern war enorm und hat viel Vertrauen zerstört. Diesmal sei dies noch schwerwiegender als zu Beginn der Spielzeit. Das Publikum wieder zu überzeugen, ist eine große Herausforderung, der man sich aber gern stellt. Insbesondere der Einzelkartenverkauf gestaltet sich schwierig. Unter anderem auch, da die Rückabwicklung und Erstattung für zuviel verkaufte Tickets bei Verschärfung der Corona-Regeln langwierig und mühsam ist. Gemeinsam mit den Bühnen wolle man ein Kundenbindungsprogramm einführen, um mehr über die Kunden zu lernen, zu erfahren, was diese wollen. Hierzu tausche man sich auch mit anderen Städten wie München und Wien aus. Dort ist die Tendenz gleich: Treue bei den Abonnenten, Schwierigkeiten beim freien Verkauf.

Das Gürzenich besitzt selbst keine Räume, kann sich an der Raumnutzungsdiskussion nicht beteiligen. Herr Englert berichtet jedoch von angedachten Projekten mit der Freien Szene. So zum Beispiel eines gemeinsam mit dem Schauspiel, wo man mit unterschiedlichen Akteuren wie Beatboxern, Rappern, HipHoppern und dem Orchester gemeinsam Stücke gestaltet. Eine neue Reihe mit dem Namen Off Beat und auch ein Poetry-Slam-Projekt werden ebenfalls die Freie Szene einbeziehen. Desweiteren habe man gezielt Projekte für Künstler, Komponisten, junge Dirigenten und Solisten aufgesetzt, die von der aktuellen Krise besonders betroffen sind. Die Entwicklung der Karrieren ist zurzeit enorm schwierig. Man habe unter anderem Kompositionsaufträge für Fanfaren herausgegeben, um das Publikum nach der Krise wieder zu begrüßen.

2.1.5 Mündlicher Bericht Händeschen Theater

Frau Kemmerling berichtet, dass sich die Situation der Puppenspiele von denen von Oper und Bühnen unterscheidet. Ab dem 02.09.2020 konnte mit einem sehr ausgefeiltem Hygienekonzept wieder gespielt werden. Allerdings war es nicht möglich, alle überbuchten Personen auf einen anderen Termin umzubuchen. Man hat sich entschlossen, die Stücke für Erwachsene abzusagen – die Kinderstücke werden für 60 Zuschauer angeboten. Andere Räume sind bei den besonderen Anforderungen auch nicht möglich. Auch sie sieht die besondere Aufgabe aktuell darin, das Vertrauen des Publikums zu wahren. Unter den aktuellen Vorgaben machen Aufführungen für die Puppenspiele keinen Sinn – zu viele Zusatzaufführungen wären nötig. Die Rückerstattungen sind enorm aufwändig.

Auch bei den Puppenspielen denke man über digitale Lösungen nach. Das als Neuaufgabe angedachte Festival musste erneut abgesagt werden. Man überarbeite die Konzepte und hoffe, dass das Festival 2022 erstmalig stattfinden kann.

Auch Schulklassen können aktuell aus Kapazitätsgründen nicht bedient werden.

Sie dankt für die Aufmerksamkeit und hofft, dass es auch dem Händeschen Theater gelingt, sichtbar zu bleiben.

3 Schriftliche Anträge

3.1 Gemeinsamer Antrag der Fraktionen: Kultur lebt in Köln: Vielfalt in Zeiten der Pandemie sichern – eine zentrale Aufgabe der Kulturstadt Köln AN/1250/2020

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. gegenüber dem Land NRW und Bund darauf hinzuwirken, dass die Maßnahmen gegen die COVID19-Pandemie im Kulturbereich sachgerecht und angemessen sind, den wissenschaftlichen sowie gesundheitlichen Erkenntnissen genügen und der Kulturszene offensiv, transparent und lösungsorientiert kommuniziert werden. Dies gilt nicht nur für bereits geförderte Einrichtungen, sondern insbesondere für Einrichtungen, die nicht öffentlich gefördert werden.
2. gemeinsam mit der freien Szene – und zwar aller Sparten – sowie mit den öffentlichen Einrichtungen und weiteren privaten Trägern von Kultur Szenarien, Handlungskonzepte und Hilfsangebote der Stadt systematisch zu erörtern und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, um die vielfältige Kulturlandschaft zu erhalten. Hierzu gehören auch weitere finanzielle Hilfeangebote, die die Kultur am Leben erhalten und den Einrichtungen Planungssicherheit geben.
3. mit dem Bund und Land NRW auf eine Harmonisierung und Abstimmung der jeweiligen Unterstützungsmaßnahmen hinzuwirken.
4. das in der KEP entwickelte Kulturmarketing als wesentliches Werkzeug zur Unterstützung der freien und öffentlichen Bühnen zu nutzen, um das verunsicherte Publikum in Köln über den laufenden Spielbetrieb unter strengen Hygienevorschriften zu informieren und die Vereinbarkeit von Kulturgenuß und Maskentragen zu betonen. Es bedarf einer Normalisierung der gegenwärtigen Publikumssituation in der öffentlichen Wahrnehmung. Hierfür bietet der Slogan 'Kultur lebt in Köln' das Potential.
5. coronakonforme Räume für Kultur zu sichern und neu zu erschließen und
 - a. gemeinsam mit der freien Szene möglichst bis Ende diesen Jahres nach passenden Veranstaltungsräumen und Freiflächen inklusive der Infrastruktur zu suchen, die kostenlos bzw. bezahlbar sind anhand der zu erwartenden Einnahmen, die vor allem kleineren Theatern, Veranstaltern von Musik, bildender Kunst, Literatur, Tanz usw. die Chance geben, ihre Veranstaltungen in coronakonformen Räumlichkeiten durchführen zu können, zum Beispiel Säle in den Bürgerhäusern, Tanzbrunnen, Flora, Gürzenich, Messehallen, Rheinpark etc.
 - b. Wichtig ist ebenfalls, darauf hinzuwirken, dass die Vorschläge des Deutschen Bühnenvereins zur coronagerechten Gestaltung der großen öffentlichen Kulturinstitutionen offensiv aufgegriffen werden. Das gilt insbesondere für die Oper, das Schauspiel und die Philharmonie. Nur so wird man die besondere Qualität die die Einrichtungen bieten erhalten können.
 - c. Die Veranstalter*innen brauchen Perspektiven für situationsgerechte Veranstaltungsformate, indem die Verwaltung in Zusammenarbeit mit anderen zuständi-

gen Ämtern das Erproben und die Reflexion von neuen Konzepten, bspw. Outdoor-Veranstaltungen und Szenefestivals entwickelt und unterstützt. Hierbei sind bereits bestehende Konzepte der Szene einzubinden.

6. Über die durch Corona entstandenen und weiterhin entstehenden Herausforderungen sowie über die Situation der Künstler*innen und der Kultureinrichtungen ist kontinuierlich zu berichten, wenn möglich unter Einbeziehung verbindlicher und aussagekräftiger Erhebungen.
7. Den Veranstaltern der freien Szene, nicht Eventim, eine finanzielle Sicherheit zu gewährleisten, indem der durch Ausfall von Veranstaltungen angefallene Verlust, durch kommunale, Landes und Bundesmittel (ist in Vorbereitung) sichergestellt wird. Dadurch werden auch die eigenen Lebenshaltungskosten und die der Techniker, Roadies, Angestellten, freie Mitarbeiter etc. abgesichert. So lange diese Mittel nicht zur Verfügung stehen, soll die Kommune per sofort in Vorleistung treten.
8. Die Verwaltung wird beauftragt, eine zentrale Informationsstelle zu schaffen, die als Anlaufstelle für die betroffenen Künstler*Innen und Kultureinrichtungen über die Kultur-Hilfen des Bundes und der Länder und der Kommune informiert. Viele Gespräche mit Vertreter*innen und Betroffenen aus der Veranstaltungsbranche und der Kulturszene haben gezeigt, dass es für die Mehrheit der durch die Coronapandemie in Existenznot Geratenen sehr schwierig war und ist, an die für Sie relevanten Informationen zu den Hilfen zu gelangen. Es muss Zielsetzung sein, die Informationen und Beratungsmöglichkeiten zu den Hilfsprogrammen für Unternehmen und Einrichtungen der Veranstaltungsbranche sowie Kulturschaffenden transparent und aktuell aufbereitet zur Verfügung zu stellen und persönliche Beratungen zu ermöglichen.
9. Die Verwaltung wird beauftragt, Wege zu erarbeiten die zu einer echten kontinuierlichen Unterstützung von Kunst und Kultur in Kombination mit individuellen Hilfen für freiberufliche Künstler*innen und Kulturschaffende, für Solo-Selbständige führt. Diese Förderungsmöglichkeit soll u.a. im 3 Mio. Fonds aufgenommen werden. Zu prüfen wäre auch, ob seitens der Stadt auch eine subsidiär wirkende Form der Einführung eines Existenzgeldes für Solo-Selbständige möglich ist und zwar dort, wo Programme von Bund und Land nicht greifen. Aber auch hier wird es darauf ankommen, die unterschiedlichen Programme von Bund, Land und Kommunen zu harmonisieren.

Grundsätzlich wird bei der weiteren Beratung über Hilfen in Zeiten der Pandemie auch über passgenauere grundlegende Formen der Hilfe und Förderung nachzudenken sein. Denn die bestehenden Hilfsprogramme kommen oft nicht so oder dort an, wie und wo sie benötigt werden. Künstler*Innen und Akteuren der Kulturbranche unterliegen quasi einem Arbeitsverbot, unverschuldet und zum Schutz der Gesamtbevölkerung, solange öffentliche Veranstaltungen nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich sind. Diese Einnahmeausfälle auszugleichen ist ein besonderes Anliegen der Politik. Unter geltenden Hygienevorschriften ist wirtschaftliches Arbeiten nicht möglich und die Probleme der Branche werden noch lange anhalten. Sie werfen bereits bis weit ins Jahr 2021 ihre Schatten voraus.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 4 **Allgemeine Vorlagen**
- 5 **Sonderausstellungen**
- 6 **Annahme von Schenkungen**
- 7 **Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 8 **Mitteilungen der Verwaltung**
- 8.1 **Mittelabfluß "Notfallfonds zur Struktursicherung freier Kulturinstitutionen in Corona-bedingten Krisensituationen" 3069/2020**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Frau von Bülow fragt nach, welche Träger Auszahlungen in welcher Höhe erhalten haben. Sie wundert sich, dass die 3 Millionen € des Fonds noch nicht ausgeschöpft sind. Bei den Ablehnungen würde sie gern die Gründe erfahren.

Sie bittet darum, dass die heute beschlossene Erweiterung der Kriterien des Fonds zeitnah umgesetzt wird.

Frau Foerster ergänzt, dass 36 Anträge bewilligt und 11 abgelehnt und 3 zurückgezogen wurden.

Bewilligungen - Programm A – Institutionell geförderte Häuser und Ensembles

cologne on pop GmbH	50.000 €
Kölner Künstler Theater	20.000 €
Theater im Bauturm	20.000 €
Literaturhaus	10.000 €
Televisor Troika	40.000 €
Sommerblut Festival	30.000 €
Initiative Kölner Jazzhaus	50.000 €
Orangerie Theater	50.000 €
Casamax Theater	20.000 €
Theater der Keller	30.000 €
Horizont Theater	30.000 €
Ehrenfeld studios	5.000 €
Theater Klüngelpütz	20.000 €
Filmforum NRW	10.000 €
Niehler Freiheit	20.000 €

Bewilligungen - Programm B

Volksbühne am Rudolfplatz	50.000 €
Filmdose	30.000 €
Senftöpfchen	50.000 €
Freie Volksbühne (Besucherorganisation)	50.000 €
hush hush GmbH	30.000 €
Ensemble Phoenix	20.000 €
Theater am Dom	50.000 €
Kunstsalon	30.000 €
Cineplex Köln	50.000 €
Rex Lichtspiele	5.000 €
Metropolis Lichtspiele	50.000 €
Japanisch-Deutsches-Kulturinstitut	5.000 €
Stadtrevue – Lange Nacht	40.000 €
Pustebume	20.000 €
Sacova GmbH	50.000 €
Erlebnistouren Köln – Stadtgeschichtliche Führungen	10.000 €
Stadtführungen	5.000 €
Moretrees GmbH	40.000 €
RegioColumbia Stiftung	5.000 €

Ablehnende Bescheide seien ergangen, wenn die formalen Kriterien nicht erfüllt waren. Dazu zählen auch Antragsteller, die über die Projektförderung Gelder erhalten. Bei anderen fehlte Nachweise, dass andere Finanzierungsmöglichkeiten nicht gegeben waren. Es musste auch nachgewiesen werden, dass das Defizit nicht durch eigenes Erwirtschaften kompensiert werden kann.

Aktuell wurde die Antragsfrist um 2 Wochen verlängert. Darüber hinaus war dies nicht möglich, da die Anträge noch bearbeitet und der Kassenschluss beachtet werden müssen. Der Betrachtungszeitraum geht jedoch bis Ende des Jahres. Die Einnahmedefizite können entsprechend überschlagen werden. Ziel ist ein nahtloser Übergang in den neuen Sonderfonds für das Jahr 2021. Aktuell stehen noch 1,25 Mio. € zur Verfügung. Über die Gründe, warum der Fond noch nicht ausgeschöpft ist, könne sie nur mutmaßen. Frau Foerster geht davon aus, dass primär Mittel von Bund und Land abgerufen wurden. Die Rückmeldungen der Szene sind sehr positiv. Die Kriterien werden überarbeitet und per Beschlussvorlage eingebracht..

**8.2 Umsetzung des Dringlichkeitsantrags AN 1133/2020 des Ausschusses für Kunst und Kultur am 25.08.2020
3093/2020**

Der Ausschuss für Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Herr Professor Schäfer merkt an, die Mitteilung mache deutlich, wie wichtig eine Harmonisierung von Verwaltung, Beirat und Politik sei – und auch den mietenden und an einer Anmietung interessierten Künstlern. Eine Lösung, ein umfassendes Kreativraumkonzept, das langfristig wirken kann, sei nötig.

9 Kulturbauten

10 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

11 Schriftliche Anfragen

12 Mündliche Anfragen

Die Ausschussvorsitzende **Frau Dr. Bürgermeister** schließt die Sitzung und bedankt sich für die Einigkeit und Einstimmigkeit, mit der man wiederum versucht habe, gewichtige Wegweisungen zu finden. Dies sei ein schönes und wichtiges Zeichen für den Übergang in die neue Ratsperiode. Sie hoffe, dass sich auch die künftigen Mitglieder des Rates engagiert für die Kultur einsetzen werden.

gez. Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

gez. Kerstin Maida
(Schriftführung)